

Winkel

Informationen & Nachrichten
zu aktuellen Themen der verbandlichen Diskussion

Ernährungs- souveränität

**Positionspapier und Beschluss
der KLJB-Bundesversammlung 2005**

Vorwort

„Unser tägliches Brot gib uns heute“ heißt es im Vater unser. Über 850 Millionen Menschen wird derzeit diese Bitte nicht gewährt. Ihnen fehlt der ausreichende Zugang zu Nahrung. Vor allem wirtschaftliche und politische Strukturen sind Ursache dafür, dass ihnen die physische Sicherung ihres Daseins nicht oder nur unzulänglich ermöglicht wird. Paradox ist, dass ein Großteil der Hungernden auf dem Land lebt, dort wo Lebensmittel produziert werden. Klar ist, dass weltweit ausreichend Nahrung produziert wird. Das Problem liegt in der ungerechten Verteilung.

Bedingt durch den starken Liberalisierungsdruck und politische Abhängigkeiten wird der Zugang zum täglichen Brot immer mehr von den finanziellen Möglichkeiten jedes einzelnen dominiert. Momentan werden Lebensmittel zur Handelsware degradiert und natürliche Ressourcen – Wasser oder Land – mutieren zu Spekulationsgütern.

Mit dem vorliegenden Positionspapier wollen wir als Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) einen Weg aus diesem Dilemma aufzeigen. Mit dem Prinzip der Ernährungssouveränität setzen wir uns für Subsidiarität und Regionalisierung ein: Nahrung soll,

so weit wie möglich, regional produziert und vermarktet werden. Nur wo dies nicht in ausreichendem Maße möglich ist, muss von außen zugeliefert werden. So können Abhängigkeiten reduziert und die Regionen gestärkt werden.

Die Verteilung der Nahrung kommt wieder in die Hände vieler kleiner Produzenten. Vermarktungsstrukturen mittels großer Konzerne, die in erster Linie gewinnorientiert sind, ist eine klare Absage zu erteilen.

Ernährungssouveränität ist ein Prinzip, dass nicht nur den hungernden Menschen im Süden eine Änderung verheißt. Mit der Stärkung der lokalen Lebensmittelproduktion und -verarbeitung könnten wir gerade in den ländlichen Regionen Deutschlands Arbeitsplätze sichern und auch neu schaffen.

Besonders wichtig ist eine umfangreiche Sensibilisierung der Bevölkerung. Die breite Mas-



se der Menschen muss wissen, wie es derzeit um unsere Lebensmittelversorgung bestellt ist. An ihnen liegt es, darauf einzuwirken, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sich gesund zu ernähren. Regional erzeugte und saisonal abgestimmte Nahrungsmittel müssen wieder den Vorzug haben.

Unser Engagement gegen den Hunger in der Welt sehen wir als notwendige Mitwirkung am göttlichen Schöpfungsplan und wir hoffen, dass dadurch zukünftig mehr Menschen in der Lage sein werden, das tägliche Brot zu essen.

Christian Schärtl
KLJB-Bundesvorsitzender

Die KLJB tritt für Ernährungssouveränität ein

1. Hunger ist ein Verteilungsproblem

- 75% der Hungernden leben auf dem Land
- Ernährungssouveränität als Konzept zur Veränderung

2. Ernährungssouveränität konkret

- Förderung einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung
- Vorrang für die lokale Produktion zur Ernährung der Bevölkerung
- Die Zukunft liegt in einer bäuerlichen Landwirtschaft
- Das Recht, sich vor billigen Lebensmittelimporten zu schützen
- Notwendigkeit, landwirtschaftliche Preise an Produktionskosten auszurichten
- Zugang zu Ressourcen
- Dialog und Partizipation
- Zugang zu Bildung weltweit
- Anerkennung des Beitrags von Frauen
- Politisches Korrektiv für die internationale Wirtschaft
- Die KLJB kämpft gegen den Hunger in der Welt

3. Alle Akteure sind gefordert

- Politik
- Ökonomie
- Landwirtschaft/Agrarpolitik
- Gesellschaft



„Positionierung zu Ernährungssouveränität“

Bis zum Jahr 2015 soll die Zahl der Hungernden weltweit halbiert werden. Dieser Vorsatz des Welternährungsgipfels 1996 und der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen (UN) scheint ver-

fehlt zu werden. Aktuelle Zahlen zeigen, dass die Zahl der Hungernden erneut ansteigt. Paradox ist, dass ein Großteil der Hungernden auf dem Land lebt, wo Lebensmittel vorwiegend produziert werden.

Die KLJB tritt für Ernährungssouveränität ein

Die KLJB ist Akteur im ländlichen Raum. Sie will gemeinsam mit anderen das Land entwickeln und als attraktiven Lebensraum gestalten. Als Mitglied der internationalen Katholischen Land- und Bauernjugendbewegung (MIJARC) nimmt sie ländliche Räume weltweit in den Blick. Es ist uns ein besonderes Anliegen, für das Prinzip der Ernährungssouveränität einzutreten und damit dazu beizutragen, die Lebenssituation auf dem Land entscheidend zu verbessern.

Als Christinnen und Christen sind wir aufgefordert – dem Beispiel Jesu folgend – uns auf die Seite der Schwächeren zu stellen. Gott hat uns die Schöpfung anvertraut, um sie zum Wohle aller Menschen zu nutzen und allen ausreichenden Zugang zu den Ressourcen der Erde zu ermöglichen. In den Augen Gottes ist der Gegensatz zwischen Arm und Reich ein Skandal, der zum kritischen Maßstab für den Umgang mit den Gütern der Erde wird (siehe 2 Kor 8,14). Wir brauchen eine globale soziale Gerechtigkeit, die die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt und gleiche

Startchancen ermöglicht. In biblischer Dimension ist Gerechtigkeit eine Beziehungsgröße und nicht eine Norm. Es geht nicht um völlige Gleichheit des Besitzstandes, sondern um eine Gesellschaft, in der die Beziehungen untereinander nicht mehr durch die Ausbeutung der Schwächeren gestört werden.



„Jetzt helfe euer Überfluss ihrem Mangel ab, damit danach auch ihr Überfluss eurem Mangel abhelfe und so ein Ausgleich geschehe“
2 Kor 8,14

Welternährungsgipfel

Zahlreiche Bemühungen zur Bekämpfung des Hungers

„In 10 Jahren wird kein Mann, keine Frau, kein Kind mehr hungrig zu Bett gehen!“ Dies versprach Henry Kissinger, US-Außenminister, bereits auf dem Welternährungsgipfel 1974.

Im Jahr 1996 gab es immer noch über 800 Millionen Menschen, die hungerten. Der in diesem Jahr stattfindende Welternährungsgipfel nahm sich vor, die Zahl der Hungernden bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Am Ende des Gipfels wurde eine Deklaration zur Sicherstellung der Welternährung und ein Aktionsplan zur Welternährung verabschiedet.

Der Aktionsplan umfasst sieben (Selbst-) Verpflichtungen:

1. Nachhaltige Sicherstellung der Welternährung durch Schaffen der besten Bedingungen für die Ausrottung der Armut und für dauerhaften Frieden bei voller und gleicher Beteiligung von Frauen und Männern.
2. Umsetzung diesbezüglicher Politik zur Sicherstellung von ausreichender, ausgewogener und sicherer Versorgung mit Nahrungsmitteln.
3. Partizipatorische und nachhaltige Politik der Entwicklung von u. a. Land-

und Forstwirtschaft und Bekämpfung von Schädlingen, Dürre und Wüstenbildung.

4. Ein faires und marktorientiertes Welthandelssystem.
5. Vermeidung von, bessere Vorbereitung auf und Bekämpfung von durch Naturkatastrophen und vom Menschen verursachte Hungersnöte.
6. Gezielte Lenkung des Einsatzes von Investitionen.
7. Umsetzung, Überwachung und Fortführung dieses Aktionsplans auf allen Ebenen in Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft.

Die Deklaration und der Aktionsplan von Rom wurden von 112 RegierungsvertreterInnen und über 70 führenden VertreterInnen anderer Ländern angenommen.

Im Jahr 2002 veranstaltete die FAO den nächsten Welternährungsgipfel, unter dem Motto „Welternährungsgipfel – fünf Jahre später“. Hier wurde der bereits 1996 beschlossene Aktionsplan bestätigt, außerdem wurde beschlossen, Umsetzungsrichtlinien zum „Recht auf Nahrung“ zu erarbeiten.

1. Hunger ist ein Verteilungsproblem

75% der Hungernden leben auf dem Land

Aktuell sind 852 Millionen Menschen von Hunger betroffen. Im Jahr 2000 waren es noch 840 Millionen. Laut Studien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO) gibt es derzeit genügend Kapazitäten, um

ausreichend Nahrung für die gesamte Weltbevölkerung zu produzieren. Die Lösung des Hungerproblems liegt also nicht in der Steigerung der Produktion.

Hauptverantwortlich für den erneuten Anstieg der Hungernden ist die – vor allem politisch bedingte – ungerechte Verteilung der Ressourcen zur Lebensmittelproduktion. Gravierend ist der mangelnde politische Wille zur Hungerreduzierung. Die immer weiter vorangetriebene Liberalisierung des weltweiten Nahrungsmittelhandels, vor allem durch Welthandelsorganisation (WTO), Weltbank und Internationalen Währungsfonds (IWF), ist maßgeblich Ursache für die Verschärfung der Situation.

Besonders betroffen vom Hunger sind paradoxerweise Kleinbauern und weite Teile der Landbevölkerung, diejenigen, die für die Nahrungsproduktion verantwortlich sind. 75% der Hungernden leben auf dem Land. Politische Richtungsangaben, die die industrielle Landwirtschaft fördern und lokale Märkte – vorwie-

gend im Süden – zerstören, nehmen Kleinbauern und -bäuerinnen die Existenzgrundlagen.

Ernährungssouveränität als Konzept zur Veränderung

Um wirksam Hunger und Armut zu bekämpfen, vertreten wir zusammen mit anderen Nichtregierungsorganisationen, allen voran la Via Campesina, die internationale Kleinbauernvereinigung, aktiv das Konzept der Ernährungssouveränität.

Die Umsetzung ist auf der Süd- wie auf der Nordhalbkugel möglich und erforderlich, um weltweite nachhaltige Entwicklung für alle Menschen zu fördern.

Zur Sicherstellung der ausreichenden und qualitativ angemessenen Nahrungsproduktion für die Bevölkerung ist mit einer Lösung in regionalen Zusammenhängen anzusetzen. Die Besonderheiten der ländlichen Räume sind besonders in Betracht zu ziehen. Es braucht weltweit nachhaltige Entwicklungskonzepte für diesen Lebensraum, die zeitnah umgesetzt werden.

Was ist eigentlich?

FAO

Die FAO ist die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organisation) mit Sitz in Rom. Die FAO ist Ausrichter der Welternährungsgipfel.

Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF)

Die Weltbank wurde 1944 als eine Sonderorganisation der UNO gegründet, mit dem Ziel, durch die Bereitstellung von Kapital Wiederaufbau und Entwicklung der Mitgliedsländer zu fördern. Anfänglich wurden die Kredite vorwiegend an die im Zweiten Weltkrieg zerstörten europäischen Länder vergeben, seit den 1960er Jahren vermehrt an Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Südamerika.

Ziel des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik und stabiler Wechselkurse und Erleichterung eines Wachstums des Welthandels. Außerdem soll Mitgliedern mit bestimmten finanziellen Schwierigkeiten durch Kredite geholfen werden. Die Empfängerstaaten müssen aber finanz- und wirtschaftspolitische Auflagen erfüllen. Sog. Struktur Anpassungsprogramme führten vor allem in Entwicklungsländern zu mehr Liberalisierung und Öffnung der Märkte.

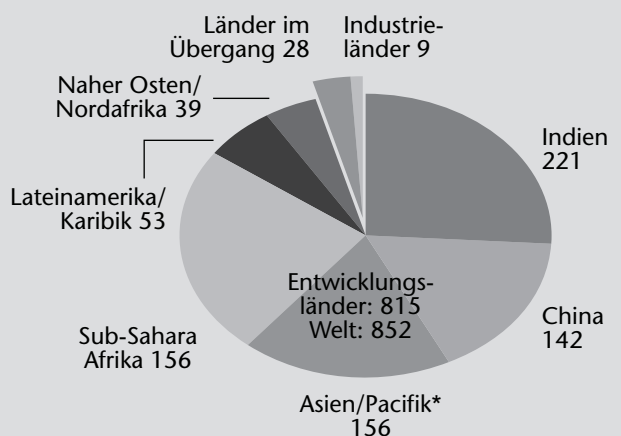
Welthandelsorganisation (WTO)

Die WTO ist die Welthandelsorganisation (World Trade Organisation) mit Sitz in Genf. Sie trat als Ergebnis der so genannten Uruguay-Runde 1995 in Kraft und löste das bis dahin bestehende General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) ab. Es entstand nun eine Welthandelsorganisation mit weit reichenden Befugnissen. Neben dem Handel mit Gütern regelt die WTO auch den Handel von Dienstleistungen und geistigen Eigentumsrechten. Nahrungsmittel fallen hauptsächlich unter das Agrarabkommen und werden als normales Handelsgut betrachtet.

Statistik

Unterernährt 2000–2002

[Millionen]



*ohne China und Indien

Quelle: FAO



Diaby

Ernährungs-souveränität

Millenniums-entwicklungsziele

2. Ernährungssouveränität konkret

Ernährungssouveränität ist das Recht für Völker, Länder und Ländergruppen, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu definieren, um die eigene Bevölkerung mit qualitativer Nahrung zu versorgen, die ausreichend, gesund und nahrhaft ist sowie den kulturellen Gewohnheiten entspricht. Dabei müssen die einzelnen Nationen die Möglichkeit haben, sich vor Dumping zu schützen. Gleichzeitig sind sie verpflichtet, negative Auswirkungen gegenüber Drittländern zu vermeiden.

Im Einzelnen bedeutet Ernährungssouveränität für uns:

Förderung einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung
Grundvoraussetzung für die Realisierung der Ernährungssouveränität ist die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Zum einen lebt dort ein Großteil der Hungernden, andererseits kann damit die Versorgung der Städte mit Nahrungsmitteln langfristig gesichert werden. Ländliche Entwicklung bedeutet für uns nicht nur Wachstum und wirtschaftlichen Fortschritt. Dörfer und Regionen sind als Lebensraum in Gänze in den Blick zu nehmen. Wir brauchen soziale und kulturelle Initi-

ativen, die die Identität des Dorfes stärken. Unterstützt durch wirtschaftliche Aktivitäten kann so ein Klima geschaffen werden, das Eigeninitiative ermöglicht und fördert.

Bei der Entwicklung des Landes spielen die Regionen eine bedeutende Rolle. Sie sind Hauptgestaltungsebene. Darüber hinaus braucht es ein solidarisches Miteinander der ländlichen Regionen in der Welt, um sich gegenseitig zu stärken.

Vorrang für die lokale Produktion zur Ernährung der Bevölkerung

Ziel der Landwirtschafts- und Wirtschaftspolitik muss es sein,

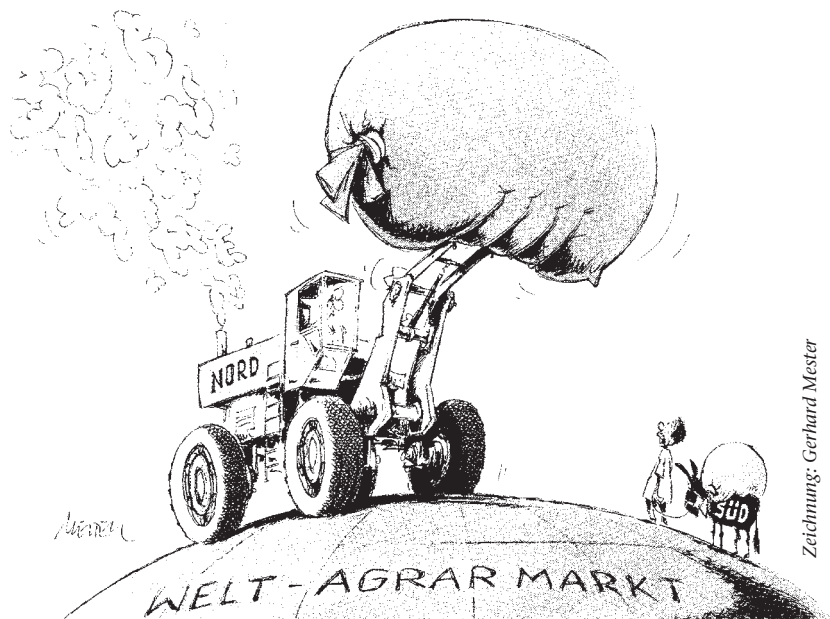
einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad im Bereich Lebensmittelproduktion und -verarbeitung zu erreichen. Die lokale Nahrungsmittelproduktion muss Vorrang haben, Importe dienen als Ergänzung,

Hungerbekämpfung als Bestandteil der Millenniums-entwicklungsziele

Alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verpflichteten sich im Jahr 2000 auf der UN-Konferenz, bis 2015 die so genannten Millennium Development Goals zu erreichen. Ziel Nummer 1: Extreme Armut und Hunger beseitigen.

Die Zahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, soll um die Hälfte gesenkt werden.

Der Anteil der Menschen, die unter Hunger leiden, soll um die Hälfte gesenkt werden.



Zzeichnung: Gerhard Mester



wenn Produkte unter natürlichen Bedingungen nicht oder nur unzureichend lokal produziert werden können. Damit wird die Abhängigkeit von Importen und Weltmarktpreisen verringert. Eine Konzentration der Lebensmittelproduktion und Landwirtschaftspolitik auf Export ist nicht länger hinnehmbar.

Des Weiteren ist es notwendig, die Produktion nach

ökologischen und sozialen Standards auszurichten und auf den Einsatz von Gentechnik zu verzichten.

Die Zukunft liegt in einer bäuerlichen Landwirtschaft

Die weitere Industrialisierung des Agrarsektors zerstört viele kleine Betriebe und die Existenzgrundlagen vieler Kleinbauern und -bäuerinnen. Der ländliche Raum verliert dadurch sein prägendes Gesicht.

Eine bäuerliche Struktur der Landwirtschaft muss erhalten und gestärkt werden. Kennzeichen sind: kleine und mittlere Strukturen mit einer Einbettung in kulturelle Gegebenheiten sowie

die Ausrichtung am Leitbild der Nachhaltigkeit. Kleine Strukturen sind nicht nur wirtschaftlich stabiler, sondern gewährleisten eine gute Infrastruktur zur lokalen Lebensmittelproduktion. Sie werden zu einer wichtigen Einkommensquelle im ländlichen Raum. Die Förderung familiärer Strukturen sorgt außerdem für soziale Stabilität im Dorf. Sie sind IdentitätsträgerInnen für die jeweilige Kultur und Region.

Das Recht, sich vor billigen Lebensmittelimporten zu schützen

Die derzeitige globale Handelspolitik sieht den fortschreitenden Abbau von sog. Handelshemmnissen vor. Schutzinstrumente, um eigene Märkte sowie Bauern und Bäuerinnen zu schützen, sind nicht bzw. nur in Ausnahmefällen vorgesehen. Regierungen müssen das Recht bekommen, ihr Land vor Billigimporten aus dem Ausland schützen zu können. Solche Schutzinstrumente können z. B. Zölle sein.

Ein wirksamer Schutz vor Billigimporten ist auch ein erster Schritt zu fairen Preisen für regionale landwirtschaftliche Produkte.

Notwendigkeit, landwirtschaftliche Preise an Produktionskosten auszurichten

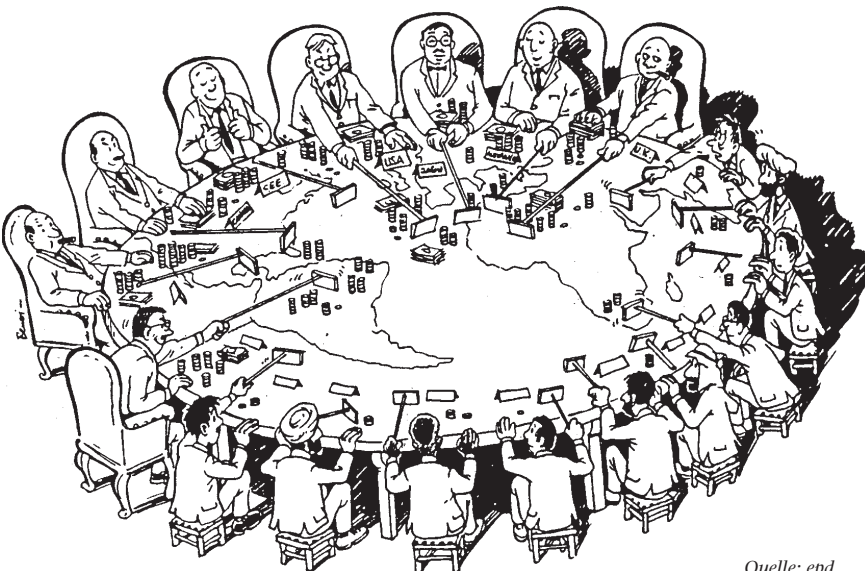
Durch die fortschreitende Liberalisierung von Märkten, aber auch durch den Druck seitens der Großkonzerne kommt es zu Preisdumping: Bauern und Bäuerinnen müssen ihre Produkte zu einem Minimalpreis verkaufen. Eine Gefährdung der Existenz und ein Abrutschen in Hunger und Armut drohen als Folgen, die vermehrt zu beobachten sind.

Damit LandwirtInnen weltweit überleben können, müssen sie für ihre Produkte

Was ist eigentlich?

Dumping

Von Dumping spricht man, wenn Waren billiger verkauft werden, als sie produziert werden können.



Quelle: epd

faire Preise erhalten, die an den regionalen Produktionskosten ausgerichtet sind, so dass sie die von der Gesellschaft gewünschten Leistungen erbringen können. Vor allem im Agrarbereich ist es nicht möglich, Preise weltweit zu vergleichen. Unterschiedliche Ausgangsbedingungen wie beispielsweise die Bodenbeschaffenheit oder Klima und Produktionsstandards führen zu unterschiedlichen Produktionskosten, denen der Preis gerecht werden muss.

Zugang zu Ressourcen

Land ist in vielen Regionen der Erde in den Händen weniger GroßgrundbesitzerInnen, so dass Bauern und Bäuerinnen keine Möglichkeit haben, eigene Anbauflächen zu erwerben. Landreformen sind dringend notwendig. Besonders problematisch erweist sich, dass der Zugang zu Wasser durch die verstärkten Tendenzen zur Privatisierung der Versorgung verteuert und erschwert wird.

Ein weiteres Problem ist die Patentierung von Saatgut durch Wirtschaftsunternehmen, so dass es zunehmend nicht mehr möglich wird, eigenes Saatgut zu vermehren. Bauern und Bäuerinnen werden gezwungen, teure Lizenzgebühren zu bezahlen.

Dies sind nur wenige Beispiele, die zeigen, wie Produktionsmöglichkeiten für kleine und mittelständische LandwirtInnen beschnitten werden. Bauern und Bäuerinnen muss der freie Zugang zu den grundlegenden Produktionsressourcen ermöglicht und erleichtert werden.

Dialog und Partizipation

KonsumentInnen üben durch ihr Kaufverhalten eine große Macht auf den Markt aus. Diese Steuerungsmög-

lichkeit müssen sie bewusst und aktiv wahrnehmen. Es darf nicht Ziel sein, möglichst viel zu möglichst günstigen Preisen zu kaufen. Qualität und faire Preise müssen die Grundlagen für Kaufentscheidungen sein. Gleichzeitig müssen aber auch Bauern und Bäuerinnen das Recht bekommen, im Rahmen ihrer Ressourcen und des Gesamtangebots selbst zu entscheiden, was und wie sie produzieren möchten.

Angebot und Nachfrage werden über den Markt reguliert. Darüber hinaus ist zu-

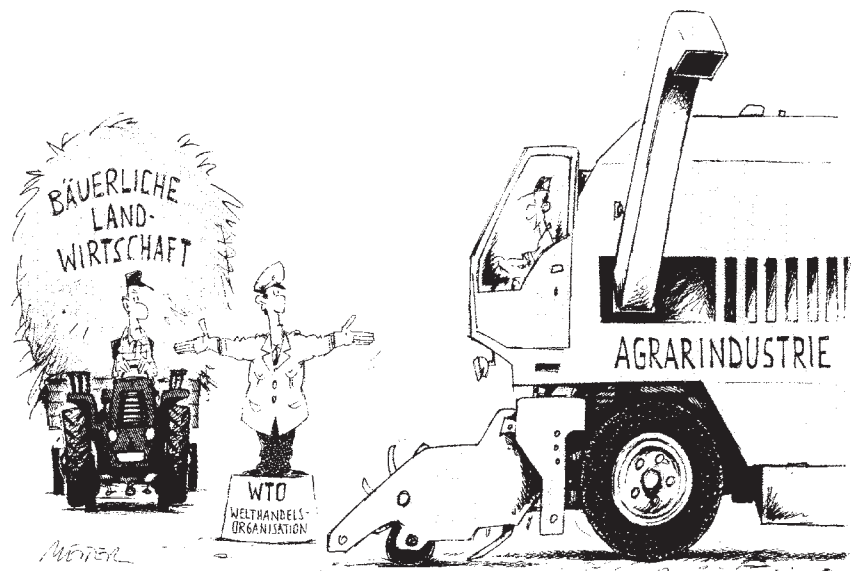
Diaby

Ernährungs-souveränität

Akteure aus Politik, Gesellschaft, Landwirtschaft und Handel.

Zugang zu Bildung weltweit

Damit ein verantwortungsvoller Konsum, aber auch Umgang mit Partizipationsmöglichkeiten



Zeichnung: Gerhard Mester

sätzlich ein Dialog zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen anzustreben. Bedürfnisse und Notwendigkeiten beider Seiten müssen berücksichtigt werden.

Partizipation steht im Mittelpunkt des Prinzips der Ernährungssouveränität. Voraussetzungen für eine aktive politische Beteiligung der Zivilgesellschaft sind Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten einerseits, andererseits aber auch die Bereitschaft aller Akteure, diese Möglichkeiten aktiv zu nutzen. Entscheidend ist die Miteinbeziehung aller relevanten

erreicht werden kann, ist ein ausreichender Grad an Wissen notwendig. Dafür müssen für alle Bevölkerungsgruppen Zugänge zu Bildungseinrichtungen und Schulen geschaffen werden. Bildung darf nicht an Geld- bzw. Zeitmangel oder an hierarchischen Geschlechterverhältnissen scheitern. Ernährungsfragen müssen genauso Inhalt sein wie politische Bildung und die Vermittlung von Grundwissen über Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von Nahrungsmitteln. Gerade in den Industrieländern ist es erforder-



lich, Bewusstsein für die derzeitigen Probleme der Nahrungsversorgung zu schaffen.

Besonders wichtig ist eine angemessene und ausreichende Ausbildung für LandwirtInnen. Sie brauchen einerseits das Know-how, um qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugen, andererseits ökonomische Kenntnisse, um mit der Landwirtschaft die eigene Existenz sichern zu können. Durch gezielte politische Bildung sollen sie befähigt werden, für ihre Interessen einzutreten.

Anerkennung des Beitrags von Frauen

Frauen spielen eine besondere Rolle in der Nahrungproduktion. Sie sind für die Hälfte der Weltproduktion von Lebensmitteln verantwortlich und produzieren sogar zwischen 60 und 70 Prozent der Lebensmittel in Entwicklungsländern. Dagegen besitzt nur ein kleiner Teil aller Frauen eigenes Land. Trotz ihres Beitrags zur globalen Ernährungssicherung wird die Rolle der Landwirtinnen viel zu oft nicht wahrgenommen. Traditionen oder politische und wirtschaftliche Entscheidungen verursachen erschwerte Bedingungen für Frauen. Es ist unerlässlich, den Beitrag der Frauen zur Nahrungsmittelproduktion anzuerkennen und ihnen zum Beispiel den gleichen Zugang zu Krediten, Landrechten und Bildung zu ermöglichen.

Politisches Korrektiv für die internationale Wirtschaft

Die Globalisierung der Wirtschaft beeinflusst immer stärker den konkreten Alltag menschlichen Handelns. Wirtschaftliches Agieren wird verstärkt zum Selbstzweck, der nur noch der Gewinnmaximierung von Konzernen

und weniger der Einkommenssicherung der breiten Bevölkerung dient. Die Globalisierung von Wirtschaftsprozessen ist bereits weit vorangeschritten. Die Akteure hinter diesen Prozessen entziehen sich immer mehr ihrer sozialen Verantwortung. Auf internationaler Ebene fehlt ein starker politischer Gegenpol.

Die WTO versucht zwar, den weltweiten Handel zu koordinieren und zu lenken. Sie ist aber nur auf weitere Liberalisierung bedacht. Deshalb ist sie als Regulierungs- und Überwachungsorgan ungeeignet.

Es braucht ein Korrektiv, damit die Schwachen nicht länger den Gesetzen des liberalen Marktes unterliegen. Wir brauchen ein ökosoziales Marktsystem weltweit, das den radikalen Liberalismus stoppt. Dazu braucht es eine globale ordnungspolitische Instanz für die Weltwirtschaft, die unabhängig ist und demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Staaten sowie Sanktionsmöglichkeiten – auch gegen multinationale Konzerne – gewährleistet. Sie muss unter

dem Dach der Vereinten Nationen angesiedelt sein.

Die KLJB kämpft gegen den Hunger in der Welt

Die KLJB ist eine starke Partnerin für ein gemeinsames Engagement auf dem Land und für das Land. Als Akteure in der Gesellschaft setzen wir uns für das

Beschlüsse

Beschlüsse der KLJB zu Hungerbekämpfung und Ernährungssouveränität der letzten 10 Jahre:

Die neue Welthandelsorganisation – Eine neue Dimension im Welthandel

Beschluss Bundesversammlung 1996

Stellungnahme der KLJB zum Welternährungsgipfel in Rom 1996
Beschluss Herbstbundesausschuss 1996

KLJB Wegweiser für die Zukunft der Landwirtschaft in Europa
Beschluss Bundesversammlung 2000

Wirksam gegen Armut und Hunger vorgehen
Beschluss Herbstbundesausschuss 2001

Baustelle Land
Hinweis auf Ernährungssouveränität im Agrarteil
Beschluss Bundesversammlung 2004



Prinzip der Ernährungssouveränität ein. Wir betreiben für dieses Anliegen Lobbyarbeit und versuchen junge Menschen zum verantwortungsbewussten Handeln zu sensibilisieren. Dabei legen wir gemeinsam

mit unserer internationalen Verbandsebene den Schwerpunkt auf Bildungsarbeit für junge Menschen im ländlichen Raum. Damit Ernährungssouveränität gelingen kann, braucht es aber mehr:

3. Alle Akteure sind gefordert

Das Konzept der Ernährungssouveränität kann nicht durch kurzfristiges Denken und Handeln erreicht werden. Vielmehr braucht es ein grundsätzliches Umdenken bei allen beteiligten Akteuren. Es bedarf einer großen Bereitschaft zu Veränderungen sowie einer grundlegenden und langfristigen Lösung. Als Jugendverband im ländlichen Raum greifen wir dieses Ziel auf und stellen deswegen folgende Forderungen

an die Politik:

Wir fordern von nationaler und europäischer Politik das bisher von zivilgesellschaftlichen Organisationen geforderte Konzept der Ernährungssouveränität aufzugreifen. Realisierungsstrategien sind umgehend anzugehen. Dies beinhaltet u. a.

- Konzepte für eine nachhaltige ländliche Entwicklung voran zu bringen
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- die Umsetzung der im Rahmen der FAO erarbeiteten und beschlossenen Richtlinien zum Recht auf Nahrung in die nationale Gesetzgebung
- Anerkennung der Rechte von Frauen
- den Aufbau angemessener Bildungsmöglichkeiten, um einerseits der Bevölkerung Wissen über die Herkunft von Nahrung und globale Zusammenhänge der Nahrungsmittelproduktion zu vermitteln und andererseits die Ausbil-

dung der LandwirtInnen zu sichern

- die Gewährleistung einer umfangreichen Transparenz über Herkunft und Produktionsweise der Nahrungsmittel, damit VerbraucherInnen eine bewusste Kaufentscheidung ermöglicht wird
- Transparenz in der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, die Information und Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglicht
- die Schaffung eines Dialogs zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, VerbraucherInnen, LandwirtInnen sowie HandelsvertreterInnen
- Einsatz für ein internationales Recht, das multinationale Konzerne verpflichtet, ihren ökologischen und sozialen Pflichten nachzukommen

Des Weiteren fordern wir in der deutschen und europäischen Außenpolitik eine grundsätzliche Abkehr von weiterer Liberalisierung im Agrarhandel. Vor allem im Bereich der WTO muss eine Reform vorangetrieben werden, die folgendes umfasst:

- Schaffung wirksamer Instrumente zum Schutz vor Billigimporten
- Stopp der fortschreitenden Privatisierung öffentlicher Güter, wie z. B. Rechte an Saatgut, Wasser etc.
- Überprüfung der im Kontext des Trips-Abkommen



Was ist eigentlich?

TRIPS

Trade related aspects of intellectual property rights
Abkommen im Rahmen der WTO über die Rechte an geistigem Eigentum.

MIJARC

MIJARC und Ernährungssouveränität

Die Weltkoordination beschloss im November 2003, den Schwerpunkt der Arbeit im Bereich Welternährung von Ernährungssicherung auf das konkrete Konzept der Ernährungssouveränität zu legen. Im Rahmen der Weltversammlung 2004 fand das Seminar „Landjugend für eine nachhaltige ländliche Entwicklung und Ernährungssouveränität“ mit ca. 80 TeilnehmerInnen aus den Mitgliedsbewegungen der MIJARC statt. Die Abschlusserklärung mit Forderungen in den Bereichen Landwirtschaft, Beschäftigung/Arbeit und Zugang zu öffentlichen Diensten wurde anschließend von der Weltversammlung verabschiedet.

getroffenen Entscheidungen und Ermöglichung eines freien Zugangs zu Ressourcen, insbesondere zu Saatgut

- Möglichkeiten, falsche Entscheidungen und nicht mehr passende Regelungen rückgängig machen zu können
- Chancengleichheit und demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Mitgliedsnationen, unabhängig von ihren finanziellen Voraussetzungen



an die Ökonomie:

Die Wirtschaft ist gefordert, sich ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung zu stellen. Gewinnmaximierung kann nicht das alleinige Leitbild sein. Die Achtung des Menschen und die Wahrung der Schöpfung müssen Ausgangs- und Zielpunkt für die Wirtschaft sein. Sie dürfen nicht länger durch die Vorrangstellung des Kapitals ins Hintertreffen geraten.

Darüber hinaus müssen politische Rahmenbedingungen wie z. B. UN-Beschlüsse anerkannt und zur Grundlage des Wirtschaftens gemacht werden.

Mit der Forderung nach Ernährungssouveränität verbindet sich nicht automatisch ein Ende des weltweiten Handels. Sie wendet sich allerdings gegen die aggressiv vorangetriebene Liberalisierung des Marktes.

**an die Landwirtschaft/
Agrarpolitik:**

Wir fordern, Exportorientierung und Überproduktion der EU-Agrarwirtschaft zu beenden. Sie muss auf die regionale Vermarktung ausgerichtet werden. Eine gentechnikfreie und nach ökosozialen Standards ausgerichtete Produktionsweise muss qualitativ hochwertige Produkte gewährleisten.

LandwirtInnen müssen zu einem Dialog mit VerbraucherInnen und LandwirtInnen anderer Regionen bereit sein, um eine bestmögliche und nachhaltige Versorgung zu erreichen.

an die Gesellschaft:

Wir fordern von allen Gruppen der Gesellschaft und den Mitgliedern der KLJB verantwortungsvol-

len Konsum: Qualität und Respektierung von fairen Preisen müssen bei der Kaufentscheidung eine vorrangige Rolle spielen. Wichtige Faktoren für den Einkauf müssen sein: Ablehnung von genmanipulierten Lebensmitteln, Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und regionalen Aspekten und die Nutzung von Verbraucher-Erzeugerinitiativen.

Insbesondere die Kirchen, öffentliche Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Verbände müssen dabei eine beispielgebende Rolle einnehmen.

Impressum

Herausgeber: Bundesvorstand der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands e. V. (KLJB), www.kljb.org

Redaktion: Heike Voggenthaler

Korrektorat: Ute Ackermann

Layout: Thomas Jakobi, www.partout.info

Bildnachweis: Seite 4: FAO, Seite 5 und 7: Gerhard Mester, Seite 6: epd, alle anderen KLJB.

Verlag: Landjugendverlag GmbH, Drachenfelsstraße 23, 53604 Bad Honnef-Rhöndorf
Tel. (02224) 94 65-0,
Fax (02224) 94 65-44,
E-Mail: info@landjugenverlag.de

Erscheinungsdatum: Mai 2005

Gefördert durch das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.



Surftipps

www.gerechtigkeit-jetzt.de
Kampagne für gerechten Welthandel, Infos und Links zu weiteren Organisationen. Die KLJB ist Mitglied.

www.fao.org
Food and agriculture organization of the UN (FAO), inkl. Bericht „State of Food Insecurity in the World (SOFI)“

www.mijarc.org
Der Weltverband der katholischen Landjugendlichen hat 2004 ein Papier zu Food Sovereignty verabschiedet.

www.viacampesina.org
Hier liegt der Ursprung des Konzept der Ernährungssouveränität. Definition: What is food sovereignty?



www.kljb.org
Auf der KLJB-Homepage gibt es im Menu unter Link-Tipps Empfehlungen zu Welternährung und Internationaler Entwicklung.

Zum Weiterlesen

Atlas der Globalisierung

Hintergründiges Kartenmaterial, informative Daten und Schaubilder dazu fachkundige Erläuterungen zu den wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Grundfragen der Globalisierung – alles praktisch und anschaulich aufbereitet.

Atlas der Globalisierung. Die Globalisierung und ihre Folgen.
Hg. v. *Le monde diplomatique*,

2003³. 192 S., 300 farbige Karten, 100 Schaubilder.
10,- €. ISBN 3-9806917-6-4.

Ein Praxisbuch zum Mehrwert nachhaltiger Landwirtschaft.

Neue Rahmenbedingungen und Perspektiven für die Landwirtschaft sind ein Schlüssel für die Zukunft ländlicher Räume, für weltweite Ernährungssicherung und Gerechtigkeit sowie

Schöpfungsverantwortung. Dieses Buch versammelt anschaulich aktuelle Kernaussagen kirchlicher Stellungnahmen, kontroverse Diskussionen und zahlreiche Praxisbeispiele zu nachhaltiger Landwirtschaft. Bausteine und Arbeitshilfe.
Praxisbuch zum Mehrwert nachhaltiger Landwirtschaft.
Hg. v. *Beatrice van Saan-Klein* u. a. 2004. 9,80 €. ISBN 3-7698-1453-3.

Die Katholische Landjugendbewegung (KLJB)



In der KLJB gestalten Jugendliche das Leben auf dem Land mit. In Gruppenstunden, bei Festen, durch Ferienfreizeiten und Aktionen packen junge Menschen an, um etwas auf dem Land zu bewegen.

Bundesweit engagieren sich 70 000 Jugendliche und junge Erwachsene in 1 900 Gruppen in der KLJB.

Der ländliche Raum ist unser Lebens- und Gestaltungsraum. Hier setzen wir uns für nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung ein, d. h. für Ökologie, Solidarität, Gemeinschaft, Gerechtigkeit und eine lebendige Kirche auf dem Land.

Als bundesweiter Jugendverband bündeln und vertreten wir die Interessen der katholischen Landjugendlichen in Politik, Kirche und Gesellschaft.

Die Arbeit des Jugendverbandes wird im Wesentlichen durch das ehrenamtliche Engagement der Verantwortlichen im Verband – GruppenleiterInnen, Vorsitzende, FreizeitleiterInnen etc. getragen und ermöglicht. Unsere Jugendverbandsarbeit versteht sich als selbstorganisierte Jugendarbeit und verpflichtet sich dem Prinzip der Freiwilligkeit.

In den Diözesan- und Landesstellen der KLJB und in der Bundesstelle arbeiten hauptberufliche MitarbeiterInnen, die die ehrenamtliche Arbeit der Verbandsmitglieder unterstützen und eine professionelle außerschulische Bildungsarbeit des Verbandes durch Seminare, Projekte und Kampagnen ermöglichen.

Mehr zur KLJB auf unserer Website: www.kljb.org

Internationale Katholische Land- und Bauernjugendbewegung (MIJARC)



Die KLJB ist Mitglied in der MIJARC (*Mouvement International de la Jeunesse Agricole et Rurale Catholique* – Internationale Katholische Land- und Bauernjugendbewegung), einer weltweiten Jugendbewegung mit ca. zwei Millionen Mitgliedern auf dem Land. Die Arbeit der MIJARC basiert auf Selbstorganisation. Sie wurde 1954 in Belgien gegründet

und ist zurzeit in rund 40 Ländern Asiens, Lateinamerikas, Afrikas und Europas vertreten. Die MIJARC hat konsultativen Status bei UNESCO, FAO, ILO, im Europarat und ist Mitglied der Konferenz der Internationalen Katholischen Organisationen, dem Europäischen Jugendforum, bei der CPE und Via Campesina.

Leitmotiv und Auftrag:

Die MIJARC will auf der Grundlage des christlichen Glaubens den ländlichen Raum weltweit entwickeln. Sie ermöglicht es Landjugendlichen, sich zu organisieren und kritische Vertreter und Vertreterinnen der Entwicklung ihrer Dörfer, ihrer Region, ihrer Länder zu werden. Durch „Bildung durch Aktion“ und der Methode „sehen – urteilen – handeln“ sind Jugendliche in der Lage, ihre Lebensbedingungen zu verbessern, Einkommensperspektiven aufzubauen und zu verwirklichen, damit die ländlichen Räume anziehende und lebensfähige Räume werden.

Ziel ist der Aufbau einer gerechten Gesellschaft, die sich auf Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gründet. Dazu unterstützt sie die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen und verteidigt die Menschenrechte.



Katholische Landjugendbewegung
Deutschlands e. V.
Drachenfelsstraße 23
53604 Bad Honnef-Rhöndorf
Tel. (02224) 9465-0, Fax (02224) 9465-44
Web: www.kljb.org, E-Mail: bundesstelle@kljb.org

Diablog
Ernährungs-
souveränität

Er vollbringt mit seinem Arm machtvolle Taten:
Er zerstreut, die im Herzen voll Hochmut sind;
er stürzt die Mächtigen vom Thron
und erhöht die Niedrigen.
Die Hungernden beschenkt er mit seinen Gaben
und lässt die Reichen leer ausgehen.

Lk 1, 51–53

Katholische Landjugend-
bewegung Deutschlands e. V.
www.kljb.org

